

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altfeld.

Verlagspreis einschließlich Ertragssteuern monatlich 45,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 135,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 67,00 M., Einzelnummer 2,50 M.
Abrechnung - Adresse: Dresden Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Verlagszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Komparativzeile 12,00 M., Familienanzeigen 8,50 M., die 3 gespaltene Reklamezeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme am vorgeschriebenen Tage. Für Brieflieferung 2 M.

Nr. 196

Dresden, Mittwoch den 23. August 1922

33. Jahrg.

Der Tag der Entscheidung Landtagsauflösung oder Volksentscheid?

Heute wird der sächsische Landtag seine Ferien unterbrechen und zu einer Zwischensitzung zusammentreten, um über das von den bürgerlichen Parteien eingeleitete Volksbegehren wegen Auflösung des Landtags zu verhandeln. Dieses Volksbegehren entsprang der ohnmächtigen Wut der Reaktion über den Beschluß der sozialistisch-kommunistischen Landtagsmehrheit auf Erklärung des 1. Mai und des 9. November zu gesetzlichen Feiertagen. Es gelang der Reaktion, die in der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei willige und eifrige Schutzwaller fand, auch die Demokraten und den einzigen Zentrumsmann, der im sächsischen Landtage sitzt, vor ihren Wogen zu spannen, so daß alle bürgerlichen Landtagsfraktionen und Parteien Sachsens einig und geschlossen gegen den erwähnten Landtagsbeschluß Sturm liefen. Sie forderten die Auflösung des Landtags und machten sich dabei zum ersten Male die freiheitliche, aus der Revolution geborene neue Landesverfassung des Freistaates Sachsen zunutze, die die Aenderung von Beschlüssen der Volksvertretung durch den Aufruf des ganzen Volkes zum Volksentscheid vorsieht. So sucht die Reaktion aus jeder Krücke Honig zu saugen und sie benutzt dabei auch ohne jedes Bedenken die von ihr selbst viel verlässerten freiheitlichen Bestimmungen des neuen Landesverfassung zur Verfolgung ihrer rückwärts gerichteten Pläne.

Im Hinblick auf das einige Auftreten des gesamten Bürgertums, von den Deutschnationalen bis zum Zentrum und den Demokraten, und angesichts der Art, wie man die Unterbreitungen für das Volksbegehren in diesen Fällen mit den unantwerstbarsten Mitteln direkt ergaunerte, ist es kein Wunder, daß im ganzen Lande 518 778 gültige Unterschriften zusammengeholt wurden. Soll das Volksbegehren auf Volksentscheid über irgendeinen Beschluß des Landtages gelten, dann muß dieses Volksbegehren nach der Landesverfassung von einem Fünftel der Stimmberechtigten zur letzten Landtagswahl unterschrieben gestellt werden. Da bei dieser letzten Wahl am 14. November 1920 2 967 974 Stimmen abgegeben wurden, würden 296 798 Stimmen genügen zur Gültigkeit des Volksbegehrens. Diese Zahl ist wesentlich überschritten worden, so daß also dem Volksbegehren auf Einleitung des Volksentscheides über die Auflösung des Landtages freier Lauf gelassen werden muß.

Die Mehrheit der Fraktionen im Landtage könnte es ruhig auf diesen Volksentscheid ankommen lassen, da es bei der heutigen Lage der Verhältnisse, nach dem Waid von Rathenau und angesichts der gegen Volk und Verfassung gerichteten Umtriebe der Nationalisten ganz ausgeschlossen erscheint, daß die bürgerlichen Parteien bei der wie eine Wahl vor sich gehenden Abstimmung eine Mehrheit der Abstimmungsberechtigten für die Auflösung des Landtages gewinnen könnten. Im Gegenteil, die revolutionären Parteien würden zweifellos den Tag des Volksentscheides zu einem glänzenden Rechtfertigung der Politik der jetzigen Landtagsmehrheit und der aus ihr hervorgegangenen sozialdemokratischen Regierung zu gestalten vermögen, vorausgesetzt, daß sie den Kampf gegen die gesamte bürgerliche Reaktion einig und geschlossen zu führen gewillt sind.

Dabei kann aber, das muß offen ausgesprochen werden, leider keine Rede sein. Denn in allen wichtigen Fragen eine gehenden Reichssozialisten und Unabhängigen im Landtage hat die kleine kommunistische Fraktion, ohne die eine Mehrheitsbildung der Linken nicht möglich ist, mehr als einmal Anknüpfel zwischen die Beine gemorren und damit die Geschäfte des Bürgertums und der Reaktion verlegt. So wurde, um nur einige Beispiele zu nennen, seinerzeit das Gehalt des sozialdemokratischen Justizministers und Wäters der vom unabhängigen Innenminister geforderte Aufwand für die Staatspolizei von den Kommunisten gemeinlich mit den Bürgerlichen abgelehnt. Schließlich haben allerdings die Kommunisten in ihrer Angst vor der eigenen Courage und in der Furcht vor der Abrechnung der Arbeiterbewegung mit ihrer den Wünschen und Wünschen des Bürgertums entgegenkommenden Politik doch für den Gesamtetat gestimmt und so der sozialdemokratischen Regierung das Weiterwirken ermöglicht. Trotzdem haben sie aber gleich den Bürgerlichen immer wieder die Auflösung des Landtages gefordert, und auch jetzt verlangen sie kategorisch einen in diesem Sinne gehaltenen Beschluß des Landtages, wodurch das Volksbegehren auf Volksentscheid über diese Auflösung von selbst erledigt sein würde.

Die beiden sozialdemokratischen Landtagsfraktionen hätten gar keine Veranlassung, diesem Verlangen auf Landtagsauflösung entgegenzutreten, da ihre Wahlausichten gerade heute im Hinblick auf die Verdrehen der Reaktion und die nur dieser Reaktion die enden Extragaturen der Kommunisten günstiger stehen als je vorher, wenn nicht durch eine vorzeitige Auflösung des Landtages die Verabschiedung außerordentlich wichtiger, für die sozialistische Arbeiterbewegung und für das Volksganze lebensnotwendiger Gesetze schwer gefährdet und für absehbar Zeit überhaupt in Frage gestellt würde. Erinnert sei nur an die Gemeindeverfassungsreform. Nur um diese wichtigen Gesetze noch unter Dach und Fach zu bringen, haben sich die beiden sozialistischen Parteien den bürgerlich-kommunistischen Forderungen auf Auflösung des Landtages bisher widersetzt. Wenn dem Volksentscheid freier Lauf gelassen würde,

dann bestünde die Möglichkeit, vor seinem Abschluß die schwebenden Vorlagen und vor allen Dingen die Gemeindeverfassungsreform noch zu vollenden. Diese wäre dann gesichert, auch wenn es die Kommunisten fertig bringen sollten, ihre Anhängerschaft dazu aufzurufen, beim Volksentscheid mit dem gesamten Bürgertum für die Auflösung des Landtages zu stimmen und dadurch die Landtagsauflösung vor dem ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlperiode herbeiführen zu helfen, ein Beschluß, der eben nur bei einem Zusammengehen der Kommunisten mit dem geeinten Bürgertum gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien denkbar wäre.

Diese Parteien könnten auch diesem Lauf der Dinge freie Bahn lassen und dadurch die verräterische Haltung der Kommunisten der ganzen Welt vor Augen führen, wenn sie nicht selbst ein starkes Interesse daran hätten, die großmäuligen Behauptungen der bürgerlichen Parteien, die Mehrheit des Volkes stehe heute nicht mehr hinter der Mehrheit im Landtage, so bald als möglich durch eine neue Landtagswahl auf ihr rechtes Maß zurückzuführen. Wenn das ohne Gefährdung der noch zu verabschiedenden wichtigen Vorlagen möglich gemacht werden könnte, dann hätten zweifellos auch die sozialdemokratischen Parteien gegen die Landtagsauflösung nichts einzuwenden. Einen Weg zu dieser Möglichkeit sucht ein Antrag unserer mehrheitssozialistischen Landtagsfraktion zu bahnen, der in der Landtags-sitzung am 23. August mit zur Verhandlung gestellt werden wird. Er will die Möglichkeit einer beschränkten Landtagsauflösung schaffen, um dadurch zu verhindern, daß für den Fall einer Landtagsauflösung zwischen dieser Auflösung und der Neuwahl eine landtagslose Zeit liegt, und zu erreichen, daß in der festgesetzten Frist, in der der neue Landtag gewählt werden muß, auch ein aufgelöster Landtag bis zum Zusammentritt des neu gewählten weiterwirkt. Eine parlamentslose Zeit würde dadurch ausgeschlossen werden und die Vollendung der Gemeindeverfassungsreform wäre gesichert.

Da es sich bei dem Antrage um eine Verfassungsänderung handelt, ist zu seiner Annahme die Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten in der beschlußfassenden Sitzung und eine Zweidrittelmehrheit der in der Sitzung Anwesenden erforderlich. Vom Schicksal dieses Antrages wird es abhängen, ob die sozialdemokratischen Fraktionen heute der Landtagsauflösung, ohne den Volksentscheid abzuwarten, zustimmen werden oder nicht.

Die Berliner Reparationsverhandlungen

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den in Berlin weilenden Vertretern der Reparationskommission sind im Laufe des Dienstag fortgesetzt worden. Reichsfinanzminister Dr. Serrin unterrichtet die Herren Stadtbuch und Wauckere eingehend über die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage. Im Auftrage der Reichsregierung hat er in seinen Ausführungen seinen Bestreben gemacht, daß die auf der Londoner Konferenz von Frankreich offiziell beantragten Garantien für ein Koratorium unannehmbar sind, und daß auch

sonstige Goldgarantien unter den augenblicklichen Wirtschaftsverhältnissen Deutschlands nicht getragen werden können. Am Nachmittag sprachen die ausländischen Delegierten beim Reichsfinanzminister vor, um ihm vor ihren bisherigen Eindrücken und ihren Absichten Mitteilung zu machen. Diese Unterredung sollte heute vormittag 10 Uhr Gegenstand einer Chefbesprechung in der Reichskanzlei sein. Der bisherige Verlauf der Besprechungen läßt erwarten, daß sich die Verhandlungen und das französische Votale des Garantiekomitees vor Sonntag jedenfalls nicht nach Paris zurückgeben werden.

Einigung der deutschen Sozialisten Polens

Am Sonntag tagte in Kattowitz ein Einigungsparlament der deutschen Sozialdemokraten Polens, an dem Delegierte aus Pommern, Lodz und Pilsitz teilnahmen. In der fast einstimmig angenommenen Resolution heißt es: „Der Einigungsparlament begrüßt den Zusammenbruch des deutschen Proletariats zu einer selbständigen Partei. Die Partei steht allen irredentistischen Bestrebungen fern und beurteilt diese aufs schärfste. Sie steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes und sieht ihre Hauptaufgabe darin, den Kampf gegen die Reaktion in Polen mit allen andern proletarischen Parteien, die auf dem Boden der gleichen Taktik stehen, gemeinsam zu führen. Sie beauftragt die Parteileitung, alle Schritte zu unternehmen, um möglichst rasch den Zusammenbruch aller sozialistischen Parteien Polens herbeizuführen. In Gemeinschaft mit diesen Parteien will die deutsche Sozialdemokratie Polens das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf kulturellem Gebiet wahren und seine Mittel sichern, um für die Rechte der Widerbeiden einzutreten und diese zu erkämpfen. In sozialpolitischer Hinsicht bezieht die Konferenz, die deutsche Sozialdemokratie Polens soll dahin wirken, daß die in Polnisch-Oberschlesien geltende Sozialgesetzgebung auf das ganze Gebiet der Wojewodschaft Schlesien ausgedehnt wird.“

Die Reife der deutschen Unabhängigen und der Mehrheitssozialdemokraten haben sich mit der Vereinigung der deutschen Sozialisten Polens wieder in einer Partei zusammengefunden. — Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie Polens ist der Genosse Kowoll, Redakteur am Volkswillen in Kattowitz.

Polenfinische Dörfer

Die von Moskau bezogene Presse der Kommunisten veröffentlicht seit einiger Zeit wieder die wunderbaren Nachrichten über das Sowjetlandes wirtschaftlichen Aufschwung. Diesen Zahlen muß man mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehen. Was die russische Landwirtschaft anbelangt, so ist die Ausfaatfläche für Wintergetreide gegenüber dem Hungerjahre 1921 um weitere zehn Prozent zurückgegangen. Der Rückgang des Sommergetreides wird von der Zeitschrift Der Wiederaufbau auf mindestens 25 Prozent geschätzt. Saatensand und Ernteaussichten werden von der statistischen Zentralverwaltung der Sowjetrepublik als etwa mittel bezeichnet gegen etwas untermittel im Jahre 1921. Sowjetrußland wird auch in diesem Jahre eine Einfuhr von 1 bis 1½ Milliarden Pud Getreide nötig haben, wenn nicht wieder Hungernödie großen Umfangs auftreten sollen. — Was die Industrie anbelangt, so leidet sie unter einer schweren Abwärtsentwicklung infolge Verminderung der Kaufkraft und an Kapitalmangel. Die Industrieproduktion beträgt gegenwärtig höchstens 25 Prozent der Vorkriegsproduktion.

Seipels Wallfahrt

Berlin, 23. August. Der Reichspräsident empfing heute abend 7 Uhr den österreichischen Botschafter Dr. Seipel, den Finanzminister Serrin und den österreichischen Gesandten in Berlin Dr. Riedl.

Nicht bloß für Deutschland, sondern auch für Deutschösterreich ist die Londoner Konferenz verhängnisvoll geworden. Das Ansuchen der Regierung Seipel, dem Bruderlande die längst verheißene und immer wieder verzögerte Kredithilfe von 15 Millionen Pfund Sterling zu gewähren, ist abgewiesen und auf die lange Bank geschoben, d. h. dem Bülkerbusch zur Begünstigung überwiesen worden. Aber selbst wenn dieser, der keinerlei eigenes Vermögen besitzt, das Geld irgendwo zusammenzutrommeln sollte — was ganz undenkbar ist —, gefolgt wäre Oesterreich damit doch nicht. Mit solchem Pflaster kann man die gefährliche Wunde, die sich tief in seinen Staatskörper eingestrichen hat, wohl für ein Weilchen zudecken, aber nicht heilen. Sie wird immer wieder aufbrechen, solange der Kern des Übels, die Passivität der Handelsbilanz, nicht beseitigt ist.

Das aber kann auch die neue Rotentbank, das können überhaupt staatsfinanzielle Maßnahmen nicht erreichen. Oesterreichs Lage ist völlig hoffnungslos; dieses allgemeine Urteil findet seinen Ausdruck in dem steten rasenden Sturz der wertigen Dinge. Der Laib Brot kostet zur Stunde 4800, eine Straßenbahnfahrt 450, ein Pfund Fett 15 000, eine Paargutsche 400 000, ein Kugeln eine Million Kronen. Dabei steht man am Vorabend neuer gewaltiger Preissteigerungen. In gleichen Maße wachsen natürlich auch die Ausgaben des

Staates für die Gehälter seiner Angestellten. Berechnungen ergaben Zahlen, die wir bisher nur in der Astronomie kennen hörten; man spricht von 2½ Billionen Reichsmark.

Ein Mittel gäbe es, Oesterreichs Niedergang aufzuhalten: Der Anschluß an Deutschland. Aber den verhindert die Entente — auch hier, wie bei allem Unvernünftigen, marschieren Paris vornan —; sie verbietet die Verbindung, ohne den Preis, den sie für die widernatürliche Unabhängigkeit zu zahlen versprochen hatte, entrichten zu wollen. Darüber ist nach dem Londoner Entscheid kein Zweifel mehr. So entschloß sich Herr Seipel, auf eigene Faust zu handeln. Schon vor einigen Tagen kündigten die Blätter seine Reise nach Prag und Berlin an. Ganz klar war der Zweck dieser Wallfahrt von Anfang an nicht, und er ist nicht durchsichtiger geworden, nun er Prag wieder verlassen und sich nach Berlin begeben hat. Sicher ist nur, Seipel will nach Paris und London hin demonstrieren. Es scheint ferner, nach den Mitteilungen des scheidewegischen Korrespondenzbüros, daß er Benech die Frage vorgelegt hat, ob es für Oesterreich nicht besser sei, statt in der Hoffnung auf den Bülkerbusch zu gehen, sich wirtschaftlich oder politisch an einen der Nachbarstaaten anzulehnen. Aber Benech, der sich natürlich Frankreich verpflichtet fühlt, hat vorstellig abgewinkt. Die Tscheko-Slowakei könnte gewiß ihrem unglücklichen Nachbarökonomisch helfen, und sie selber hätte Nutzen davon, denn sie leidet bei dem Hochstand ihrer Krone unter dem Wangel an Warenabnahmefähigkeit. Aber sie will ihrem großen Verbündeten nicht vorgreifen. Das ist allerdings anzunehmen, daß der kluge Benech, dessen Stimme im Entente-Rat etwas wiegt,